

geschehen ist, nutzt sehr wenig. In den Aussprachen wurde vielfach nur über die organisatorische Seite der Bildung von Schiedskommissionen gesprochen. Viel wichtiger ist es, sich überall der großen Bedeutung dieses Schrittes bewußt zu werden, Wege zur besten Verwirklichung zu suchen und die Erfahrungen guter Konflikt- und Schiedskommissionen auszuwerten. Darum begrüße ich die im neuen Entwurf des uns vorliegenden Erlasses enthaltene Festlegung, daß erst in einigen vom Minister für Justiz zu bestimmenden Bereichen Schiedskommissionen gebildet werden, deren Tätigkeit sorgfältig studiert und ausgewertet wird, und daß erst dann auf der Grundlage einer Richtlinie Ende des Jahres mit der Bildung von Schiedskommissionen in allen Kreisen begonnen werden soll.

#### **Das LPG-Recht stärker in den Lehrplänen berücksichtigen**

In Aussprachen mit Genossenschaftsbauern wurde gesagt, daß man an den landwirtschaftlichen Hochschulen und Fachschulen in den Lehrplänen stärker die Behandlung der Fragen des LPG-Rechts vorsehen sollte. Diese Probleme sind bisher zum Beispiel in der Hochschule in Bernburg zu kurz gekommen. Sie stellen aber eine wichtige Seite der Einbeziehung der Genossenschaftsmitglieder in die gesellschaftliche Selbsterziehung und die vorbeugende Arbeit bei der sozialistischen Rechtspflege dar.

#### **Recht der Deutschen Demokratischen Republik ist Recht des Volkes**

Die große Volksausprache über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat zeigt anschaulich und eindeutig, daß bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik Recht wirklich im Namen des Volkes gesprochen wird. Unsere Bevölkerung selbst legt fest und bestimmt, wie ihr sozialistisches Recht gewahrt und durchgesetzt wird zur Lösung der Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus, als wichtiger Schritt zur weiteren Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie und zur Stärkung unserer sozialistischen Menschengemeinschaft.

Anders dagegen ist das im Bonner Unrechtsstaat. Dort gibt es, wie schon erwähnt, einen von der Bonner Regierung ausgearbeiteten Entwurf eines neuen westdeutschen Strafgesetzbuches, der nach erster Lesung im Bundestag an den Rechtsausschuß überwiesen wurde. **Zu** diesem Entwurf hat und wird die westdeutsche Bevölkerung keine Gelegenheit bekommen, ihre Meinung zu sagen. An diesem Entwurf haben unter anderen 16 ehemalige Nazijuristen mitgearbeitet. Sie haben dafür Sorge getragen, daß in Westdeutschland Recht gesprochen wird gegen das Volk, im Namen der Konzernherren, Großagrarien und Militaristen, im Namen der Ausbeuter und Nutznießer von Kriegsvorbereitung und Krieg. In Westdeutschland soll nicht mehr Recht